



Kurz vor dem vierten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine ist die Hauptstadt Kiew erneut Ziel massiver Raketen- und Drohnenangriffe geworden. Die Attacken trafen nach Angaben der regionalen Militärverwaltung zivile Wohngebiete und kritische Infrastrukturen. Während sich die internationale Diplomatie auf symbolträchtige Solidaritätsbekundungen vorbereitet, verschärft sich die militärische Lage im Land erneut – mit spürbaren Folgen für die Zivilbevölkerung.

Raketenalarm im Morgengrauen

Am Sonntagmorgen, dem 22. Februar 2026, heulten in Kiew abermals die Sirenen. Kurz darauf erschütterten Explosionen die ukrainische Hauptstadt. Mykola Kalaschnyk, Leiter der Militärverwaltung der Region Kiew, sprach von einer „neuen massiven Attacke mit Raketen und Drohnen auf zivile Wohnhäuser und kritische Infrastruktur“. Fünf Ortschaften im Umland der Hauptstadt seien betroffen gewesen.

Journalisten vor Ort berichteten von Detonationen unmittelbar nach der Auslösung einer Luftwarnung wegen ballistischer Raketen. Zwei Stunden später folgten weitere Explosionen. Laut Bürgermeister Vitali Klitschko wurden eine Frau und ein Kind verletzt, nachdem herabfallende Trümmerteile sie getroffen hatten. Beide mussten in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Temperaturen in der Hauptstadt lagen bei rund minus zehn Grad Celsius – ein Umstand, der die ohnehin angespannte Lage zusätzlich verschärft. Bereits in den vergangenen Wochen hatte Russland verstärkt Energieanlagen ins Visier genommen, was zu erheblichen Versorgungsengpässen führte. Die ukrainischen Behörden sprechen von der schwersten Energiekrise seit Beginn des Krieges.

Flächenangriffe auf mehrere Regionen

Nicht nur die Region um Kiew war betroffen. Auch aus Dnipro und Odessa meldeten die lokalen Behörden neue Angriffe. In der Region Dnipro wurden mindestens zwei Personen verletzt. In Odessa richteten sich die Attacken erneut gegen Infrastrukturziele. Die ukrainische Luftwaffe rief in der Nacht landesweit Luftalarm aus – ein Hinweis auf koordinierte Raketenangriffe mit strategischer Reichweite.

Die systematische Ausweitung der Angriffe auf zivile Infrastruktur ist Teil einer bekannten



russischen Taktik. Seit dem Herbst 2022 konzentrieren sich russische Streitkräfte verstärkt auf Energieanlagen, Umspannwerke und Heizkraftwerke. Ziel ist es offenkundig, die Widerstandsfähigkeit der Ukraine im Winter zu unterminieren und die Bevölkerung psychologisch zu zermürben.

Militärisch betrachtet verfolgt Moskau damit mehrere Ziele: die Bindung ukrainischer Luftabwehrkapazitäten, die Erschwerung logistischer Abläufe sowie die Destabilisierung des Hinterlands. Politisch sendet der Kreml das Signal, dass er trotz hoher eigener Verluste weiterhin eskalationsfähig ist.

Explosionen in Lwiw – Anschlag fernab der Front

Besonders aufsehenerregend waren Explosionen in der westukrainischen Stadt Lemberg, unweit der polnischen Grenze. In der Nacht detonierten Sprengsätze in Geschäften im Stadtzentrum. Eine Polizistin kam ums Leben, 15 weitere Personen wurden verletzt. Der Bürgermeister von Lwiw, Andrij Sadowyj, sprach in einer veröffentlichten Videobotschaft von einem „klaren terroristischen Akt“.

Lwiw liegt Hunderte Kilometer von den Hauptkampfgebieten im Osten und Süden entfernt. Gerade deshalb haben solche Vorfälle hohe symbolische Bedeutung. Seit Beginn der Invasion wurden wiederholt militärische oder administrative Vertreter der Ukraine auch in vermeintlich sicheren Regionen Ziel von Anschlägen. Die ukrainischen Sicherheitsdienste vermuten dahinter Sabotageakte oder gezielte Destabilisierungsoperationen.

Die russische Seite äußerte sich zu den konkreten Vorwürfen bislang nicht. Unabhängige Verifizierungen sind in vielen Fällen schwierig, da beide Kriegsparteien gezielte Informationspolitik betreiben. Gleichwohl zeigt sich ein Muster: Der Konflikt ist längst kein auf bestimmte Frontabschnitte begrenzter Stellungskrieg mehr, sondern ein landesweiter Abnutzungskrieg mit hybriden Elementen.

Vier Jahre Krieg – ein strategischer Wendepunkt?

Am 24. Februar 2026 jährt sich der Beginn der großangelegten russischen Invasion zum vierten Mal. Was als schneller Regimewechsel geplant gewesen sein dürfte, hat sich zu einem langwierigen Krieg mit erheblichen geopolitischen Konsequenzen entwickelt. Russland kontrolliert weiterhin Teile der Ost- und Südukraine, während Kiew – gestützt auf westliche



Militärhilfe – zentrale Frontabschnitte stabilisieren konnte.

Präsident Wolodymyr Selenskyj betont regelmäßig die Entschlossenheit seines Landes, die territoriale Integrität wiederherzustellen. Doch die militärische Realität ist komplex. Die Frontlinien haben sich in den vergangenen Monaten nur graduell verschoben. Beide Seiten setzen verstärkt auf Drohnentechnologie, Präzisionswaffen und elektronische Kriegsführung.

Gleichzeitig wachsen in Europa die Sorgen vor einer schleichenden Erosion der Unterstützung. Zwar haben die EU und einzelne Mitgliedstaaten ihre Hilfspakete verlängert, doch innenpolitische Debatten über Kosten, Munitionsreserven und strategische Prioritäten nehmen zu.

Europäische Solidarität – symbolisch und strategisch

Vor diesem Hintergrund kommt dem vierten Jahrestag hohe politische Bedeutung zu. Der französische Präsident Emmanuel Macron und der britische Premierminister Keir Starmer werden eine Videokonferenz der sogenannten „Koalition der Willigen“ zur Unterstützung der Ukraine leiten. Mehrere europäische Staats- und Regierungschefs wollen aus Kiew zugeschaltet werden, wo sie gemeinsam mit Selenskyj Präsenz zeigen.

Solche Treffen sind mehr als symbolische Gesten. Sie dienen der Koordination militärischer und finanzieller Hilfen, der Abstimmung von Sanktionen sowie der strategischen Kommunikation gegenüber Moskau. Seit 2022 hat sich die sicherheitspolitische Architektur Europas spürbar verändert: Die NATO-Ostflanke wurde verstärkt, Verteidigungsausgaben stiegen in zahlreichen Staaten deutlich an, und die Diskussion über strategische Autonomie der EU gewann an Dynamik.

Gleichzeitig bleibt offen, wie nachhaltig diese Geschlossenheit ist. Der Krieg hat Europas Abhängigkeit von amerikanischen Sicherheitsgarantien erneut deutlich gemacht. Politische Entwicklungen in den USA beeinflussen daher indirekt auch die Handlungsoptionen Kiews.

Während in Kiew die Sirenen heulen und internationale Delegationen Solidarität bekunden, zeigt sich die widersprüchliche Realität dieses Krieges: militärische Pattsituationen an der Front, Eskalation in der Luft, diplomatische Bemühungen im Hintergrund. Vier Jahre nach Beginn der Invasion ist kein rasches Ende in Sicht. Der Konflikt hat sich in einen strukturellen Faktor europäischer Sicherheitsordnung verwandelt – mit offenem Ausgang.



Kiew unter Dauerbeschuss – Russland intensiviert Angriffe vor dem Jahrestag der Invasion

Autor: P. Tiko